Rechtssache C-342/03

Königreich Spanien gegen Rat der Europäischen Union

„Gemeinsame Handelspolitik — Thunfisch in Dosen mit Ursprung in Thailand und den Philippinen — Vermittlungsverfahren im Rahmen der WTO — Verordnung (EG) Nr. 975/2003 — Zollkontingent“

Schlussanträge des Generalanwalts F. G. Jacobs vom 2. Dezember 2004 . . . I - 1978

Urteil des Gerichtshofes (Erste Kammer) vom 10. März 2005 . . . I - 1988

Leitsätze des Urteils

- 1. Gemeinsame Handelspolitik — Handelsverkehr mit Drittstaaten — Grundsatz der Gemeinschaftspräferenz — Bedeutung*
- 2. Gemeinsame Handelspolitik — Handelsverkehr mit Drittstaaten — Erlass von Zollmaßnahmen — Voraussetzung des Fehlens jeglicher nachteiliger Auswirkungen auf die Gemeinschaftshersteller — Unzulässigkeit*

3. *Nichtigkeitsklage — Klagegründe — Verstoß gegen den Vertrauensschutz für die Wirtschaftsteilnehmer, der von einem Mitgliedstaat geltend gemacht wird — Zulässigkeit*
4. *Gemeinsame Handelspolitik — Regelung durch die Gemeinschaftsorgane — Ermessensspielraum — Kein berechtigtes Vertrauen der Wirtschaftsteilnehmer auf die Beibehaltung einer bestehenden Situation*
(Verordnung des Rates Nr. 975/2003)
5. *Handlungen der Organe — Begründungspflicht — Umfang — Verordnungen*
(Artikel 253 EG)
6. *Nichtigkeitsklage — Klagegründe — Ermessensmissbrauch — Begriff*

1. Die „Gemeinschaftspräferenz“ ist zwar eine der politischen Erwägungen, auf die sich die Gemeinschaftsorgane beim Erlass von Handelsregelungen mit Drittländern gestützt haben, sie stellt aber keineswegs ein rechtliches Erfordernis dar, dessen Verletzung zur Ungültigkeit des betreffenden Rechtsakts führen könnte.

(vgl. Randnrn. 18, 19)

2. Das Gemeinschaftsrecht verbietet nicht den Erlass von Zollmaßnahmen, deren mögliche Auswirkungen auf den Wettbewerb sich auf einen Rückgang der Bestellungen bei den betroffenen Herstellern und auf eine Ungleichheit der Wettbewerbsbedingungen aufgrund von Unterschieden zwischen den betreffen-

den Drittstaaten und der Gemeinschaft bei den Sozialkosten, beim Umweltschutz und bei der Qualitätskontrolle der Erzeugnisse beschränken.

Ein solches Verbot würde die Gemeinschaft daran hindern, zum schrittweisen Abbau der Zollschränken im internationalen Handel beizutragen. Jede Herabsetzung von Zollsätzen kann sich nämlich auf den Wettbewerb zwischen den aus Drittländern eingeführten Erzeugnissen und den gleichwertigen Erzeugnissen der Gemeinschaft zum Nachteil der Gemeinschaftshersteller auswirken. Eine gegenteilige Auslegung würde bedeuten, dass die Gemeinschaft niemals die Zölle auf eingeführte Waren herabsetzen könnte.

(vgl. Randnrn. 24, 25)

3. Wenn für jeden Wirtschaftsteilnehmer, bei dem ein Gemeinschaftsorgan begründete Erwartungen geweckt hat, die Möglichkeit besteht, sich auf den Schutz des berechtigten Vertrauens zu berufen, so spricht auch nichts dagegen, dass ein Mitgliedstaat selbst im Rahmen einer Nichtigkeitsklage geltend macht, dass ein Rechtsakt der Organe das berechnete Vertrauen bestimmter Wirtschaftsteilnehmer verletzt.
5. Die nach Artikel 253 EG vorgeschriebene Begründung für Gemeinschaftsverordnungen muss die Überlegungen des Organs, das den Rechtsakt erlassen hat, so klar und eindeutig zum Ausdruck bringen, dass die Betroffenen die Gründe für die erlassene Maßnahme erkennen können und der Gerichtshof seine Kontrolle ausüben kann.

(vgl. Randnr. 47)

4. Wenn Wirtschaftsteilnehmer in der Lage sind, den Erlass einer Gemeinschaftsmaßnahme vorherzusehen, die ihre Interessen berührt, so ist eine Berufung auf den Grundsatz des Vertrauensschutzes nicht möglich.

Handelt es sich um einen Rechtsakt, der allgemein gelten soll, so kann sich die Begründung darauf beschränken, die Gesamtlage anzugeben, die zu seinem Erlass geführt hat, und die allgemeinen Ziele zu bezeichnen, die er erreichen will.

(vgl. Randnrn. 54, 55)

Im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik sind die Wirtschaftsteilnehmer nicht berechnete, auf die Beibehaltung einer bestehenden Situation zu vertrauen, da die Gemeinschaftsorgane über einen Ermessensspielraum bei der Wahl der zur Verwirklichung dieser Politik erforderlichen Mittel verfügen.

(vgl. Randnrn. 48, 49)

6. Eine Maßnahme ist nur dann ermessensmissbräuchlich, wenn aufgrund objektiver, schlüssiger und übereinstimmender Indizien anzunehmen ist, dass sie ausschließlich oder zumindest hauptsächlich zu anderen als den angegebenen Zwecken oder mit dem Ziel erlassen worden ist, ein Verfahren zu umgehen, das der Vertrag speziell vorsieht, um die konkrete Sachlage zu bewältigen.

(vgl. Randnr. 64)